

Berlin ein und wurde auf dem Potsdamer Bahnhof von den Mitgliedern des Staatsministeriums und den Civil- und Militärbehörden empfangen. Nach einem kurzen Aufenthalt fuhr Se. Maj. nach Potsdam.

Am 7. d. Mts. ist in Berlin ein Vertrag zwischen Preußen und Hannover unterzeichnet worden über die Vereinigung des Steuervereines mit dem Zollvereine. Der Vertrag wird mit dem 1. Januar 1854 in Wirksamkeit treten.

Die nächsten Folgen des am 7. d. Mts. abgeschlossenen Vertrages zwischen Preußen (Zollverein) und Hannover (Steuerverein) dürften sein: die endliche Erledigung der Unterhandlungen zwischen dem Zollverein und Belgien und das Zustandekommen eines definitiven Beschlusses der Elbschiffahrts-Commission.

Die Kreuzzeitung dementirt ausdrücklich das Gerücht, welches oppositionelle Blätter im Hinblick auf die jüngsten österreichisch. Erlasse ausgestreut haben, als stehe binnen Kurzem eine Aufhebung der preuß. Verfassung zu erwarten. Sie sagt wörtlich: „Die inneren Zustände Preußens sind zum größten Theil auf dem geordneten Wege geregelt; die Verfassung ist ein Moment des bestehenden Rechtszustandes; es liegt vernünftiger Weise kein Wunsch und noch weniger ein nöthiger Grund für ihre Beseitigung vor.

In preussischen und andern deutschen Blättern ist vielfach die Rede von Verbesserungen und Aenderungen gewesen, welche dem Landwehrwesen Preußens bevorstehen. So viel wir in dieser Beziehung erfahren, möchte die volle Durchführung der beabsichtigten Aenderungen, welche den bei der Mobilmachung des Heeres im vorigen Jahre sich gezeigten Mißständen abhelfen sollen, vor der Hand noch nicht zu erwarten sein, da nach einer überschläglichen Berechnung diese Verbesserungen etwa 4 Millionen Thaler in Anspruch nehmen würden.

In Berlin auf dem Friedhofe, wo die Gebeine preussischer Krieger aus den Schlachten von Groß-Beeren und Dennewitz ruhen, fand am 5. Septbr., dem Jahrestage der Schlacht, eine von Veteranen ausgeführte Denkfeier statt, an der General Wrangel und andere Generale Theil nahmen.

Der deutsche Postcongreß wird am 15. October in Berlin zusammentreten.

Die größern Uebungen der Truppen sind jetzt am ganzen Rhein im vollen Gange. Noch vor Beendigung der Manöver erwartet man den Prinzen von Preußen, um den großen Schlußmanövern beizuwohnen.

Viele Berliner Wagenbauer, welche zur Londoner Industrie-Ausstellung Fabrikate gesendet haben, erfreuen sich jetzt vom fernem Auslande bedeutender Bestellungen.

Der Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha und der Großherzog von Oldenburg sollen den Entschluß gefaßt haben, die Landesversammlung zur Vornahme der Verfassungsabänderungen aufzufordern, welche durch die Umstände gebieterisch erheischt werden, und ihr dabei zu erklären, daß sie persönlich sich zwar an die Verfassung gebunden achten, jedoch nöthigenfalls die Regierung zu Gunsten ihres Nachfolgers niederlegen werden, der nicht gebunden sei.

Der wörtliche Inhalt des die „deutschen Grundrechte“ betreffenden Beschlusses der Bundesversammlung vom 23. August ist folgender: die Bundesversammlung beschließt, in Erwägung, daß die Grundrechte nicht in rechtlich gültiger Weise zu Grundgesetzen des Bundes erhoben worden sind, deren bundesrechtliche Ungültigkeit formell auszusprechen, und fordert die Einzelregierungen, da jene Grundrechte bei ihrer bundesrechtlichen Ungültigkeit den Einzelstaaten nicht maßgebend sein können, auf, alle von denselben abgeleiteten und in die Einzelgesetzgebungen übergegangenen, dem allgemein anerkannten Bundesrechte widerstrebenden Bestimmungen aufzuheben. Jenen Regierungen, welche in der Lage sind, solche neu aufgenommenen Bestimmungen aus den Gesetzgebungen ihrer Länder zu entfernen, sagt sie, bei etwaigem Widerstande, auf welchen sie bei der Durchführung des Bundesbeschlusses stoßen könnte, ihren Beistand zu.

Nach den Versicherungen der österr. Diplomatie haben die Besprechungen in Ischl zu dem günstigsten Resultate geführt. Es herrscht jetzt die innigste Eintracht zwischen den Höfen in Wien und Berlin, welche die günstigsten Ergebnisse für die Erhaltung der Ruhe in Deutschland herbeiführen wird. Auch sagt man, es habe sich Seine Maj. der König von Preußen der Ansicht hingeneigt, daß die Durch-